

SPD betont Vorfahrt für Arbeit

Oppositionschef Frank-Walter Steinmeier ist zu Korrekturen bei Hartz IV bereit

Daniel Delhaes

Die SPD wirft der schwarz-gelben Bundesregierung vor, die Zukunft Deutschlands aufs Spiel zu setzen. „Die Koalition war auf alles vorbereitet, nur nicht aufs Regieren“, sagte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier, gestern am Rande der Klausur der Abgeordneten. „Das Ausbleiben von Entscheidungen schadet dem Land.“

Die Fraktion trifft sich erstmals als Opposition zu ihrer traditionellen Tagung. Heute will sie ein elf Seiten umfassendes Positionspapier beschließen. Darin warnen die Sozialdemokraten vor einer „wirtschaftlichen Lähmung und sozialen Spaltung“. Schwarz-Gelb sorge für eine „hemmungslose Verschuldung“, verteilte zugunsten der höheren Einkommen um und schwäche die Tariflöhne. „Angela Merkel bricht ihre Wahlversprechen, denn durch steigende Abgaben, Gebühren und Zusatzprämien wird die Mehrheit der Menschen nicht mehr, sondern weniger Netto vom Brutto haben“, heißt es in dem Papier.

Steinmeier zeigte sich gestern offen für Korrekturen bei den von der

SPD initiierten Reformen wie den Hartz-Gesetzen. „Das, was entschieden worden ist, muss immer daraufhin überprüft werden, ob es Fehlentwicklungen und Missbrauch gibt“, sagte der Oppositionschef. Das gelte für die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wie für das Schonvermögen. Eine grundlegende Revision der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe lehnte Steinmeier aber ab. Fraktionsvize Hubertus Heil sagte dem Handelsblatt: „Arbeitsmarktpolitik muss sich stets weiterentwickeln.“ Ziel müsse aber bleiben, „Menschen, wo immer es geht, in ordentliche Arbeit zu vermitteln“. Mit der Klausur will die SPD eine inhaltliche Debatte beginnen. Dazu finden sich in dem Positionspapier die Kernpunkte zweier Konzepte aus dem Wahlkampf wieder: der Deutschlandplan von Steinmeier und das Konzept einer ökologischen Industriepolitik von Parteichef Sigmar Gabriel. „Die Pläne sollen in konkrete Initiativen umgesetzt werden“, sagte Fraktionsvize Ulrich Kelber.

Steinmeier betonte, es gehe um die Zukunft der Arbeit. „Das ist das

zentrale Thema der Klausur.“ Ziel der Fraktion ist es, „eine industriepolitische Strategie“ zu entwickeln, wie es in dem Papier heißt. Dazu gehört, Zukunftsbranchen wie die Umwelttechnologie, die Gesundheits- oder die Kreativwirtschaft zu fördern. Es gehe um eine Ordnungspolitik für „Qualitätswettbewerb“, heißt es. Dazu zählen etwa ein Steuerbonus für Forschungsinvestitionen, am langfristigen Unternehmenserfolg orientierte Vergütungen oder eine Börsenspekulationssteuer. Die SPD strebt „Wachstum durch Gerechtigkeit“ an.

„Vor uns liegt ein langer Weg“, sagte der Generalsekretär der Hessen-SPD und Bundestagsabgeordnete Michael Roth. Erste Ergebnisse sollen auf einem Parteitag Ende September vorliegen. Spätestens zur Bundestagswahl 2013 will die Partei sich als soziale Alternative zur Regierung präsentieren. Nachdem gestern der Fraktionsvorstand getagt hat, treffen sich heute die Abgeordneten. Gastredner werden IG-Metall-Chef Berthold Huber sowie die Arbeitsmarktforscherin Jutta Allmendinger sein.